

PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS

Wien I., Löwelstraße 12
Postfach 124 1014 Wien
Telefon 63 07 41, 63 77 31 Fernschreiber 13/5451

A. Z.: R-1184/R

Betreff:

Es wird ersucht, bei Antwortschreiben das
Aktenzeichen anzugeben.

Zum Schreiben vom

A. Z.:

Wien, am 12. Februar 1985

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

ENTWURF
Z. 70
Datum: 14. FEB. 1985
Verteilt 1.5. FEB. 1985

Stresser

Betreff: Entwurf einer Novelle zum
Elektrizitätswirtschafts-
gesetz

Estern

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs übermittelt in der Anlage 25 Exemplare ihrer Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Entwurf.

Für den Generalsekretär:

*Stresser*25 Beilagen

**PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHS**

ABSCHRIFT

11.2.1985

Wien, am
Wien I., Löwelstraße 12, Postfach 124 1014 Wien
Telefon 63 07 41, 63 77 31, Fernschreiber 13/5451

G.Z.: R-1184/R

Betreff: Entwurf einer Novelle zum
Elektrizitätswirtschaftsgesetz

z.Schr.v.: 22.11.1984

Zl.: 51.010/9-V/1/84

An das
Bundesministerium für
Handel, Gewerbe und Industrie
Stubenring 1
1011 Wien

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs beehrt sich, dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zu dem im Betreff genannten Entwurf folgende Stellungnahme bekanntzugeben:

I. Allgemeines

1) Aus umweltpolitischer Sicht

Die in Pkt.1 des allgemeinen Teiles der Erläuterungen zu diesem Entwurf dargelegten umweltpolitischen Intentionen dieser Novelle sind grundsätzlich zu begrüßen. Gleichzeitig ist allerdings als grober Mangel dieses Entwurfes anzumerken, daß er keinerlei Regelungen für Altanlagen vorsieht. Tatsächlich ist es aber so, daß es gerade die energiewirtschaftlichen Altanlagen sind, die mit ihren, nach heutigem Stande durchaus vermeidbaren Emissionen die Umwelt belasten und z.B. als wesentlicher Mitverursacher der durch Luftschadstoffe ausgelassenen Waldschäden feststehen.

Es wird daher gefordert, an geeigneter Stelle - vorgeschlagen wird die Einfügung eines neuen Absatzes nach § 11 Abs.1 - eine Bestimmung zu verankern, nach der innerhalb einer - jedenfalls sehr knapp zu bemessenden

- 2 -

- Frist alle zum Stichtag des Inkrafttretens der vorgesehenen Novelle bereits bestehenden Stromerzeugungsanlagen abgesehen von den bereits vorhandenen, vor allem elektrizitätswirtschaftlichen Bewilligungen, auch eine nachträgliche elektrizitätsrechtliche Bewilligung gemäß des in Aussicht genommenen § 11a als Voraussetzung für den weiteren Betrieb besitzen müssen.

Sollte sich dieser Weg als nicht gangbar erweisen, wird alternativ vorgeschlagen, daß dem § 11 Abs.1 des vorliegenden Entwurfes folgender Satz angefügt wird: "Zum Stichtag des Inkrafttretens dieser Novelle bestehende, elektrizitätswirtschaftlich bewilligte Stromversorgungsanlagen gelten unbeschadet des § 11c... auch als elektrizitätsrechtlich bewilligt". Weiters wäre dann an geeigneter Stelle - vorgeschlagen wird eine Ergänzung des im Entwurf vorgesehenen § 11c - eine Regelung zu treffen, nach der die Behörde an Hand der Auskünfte und Feststellungen gemäß § 9a Abs.1 und 2 des Entwurfes zu prüfen hat, ob die in § 11a Abs.1 Z.2 und in den Verordnungen nach § 11a Abs.4 des Entwurfes festgelegten Kriterien erfüllt werden, und falls diese Kriterien nicht erfüllt werden, Auflagen im Sinne von § 11c (gegenüber dem vorliegenden Entwurf geändert laut unten stehendem Vorschlag) vorzuschreiben hat.

Schließlich wäre als dritte Möglichkeit auch eine Regelung für Altanlagen denkbar, wie sie in Art. II des Umweltfondsgesetzes, BGBl.567/1988, durch Einführung eines neuen § 79a der Gewerbeordnung 1973 unter Mitkompetenz des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz zukunftsweisend getroffen worden ist.

- 3 -

Von den 3 vorstehend angeführten Lösungsmöglichkeiten zieht die Präsidentenkonferenz die erstgenannte Variante (nachträgliche elektrizitätsrechtliche Bewilligung für alle Altanlagen) vor und ersucht das do.Bundesministerium, den vorliegenden Entwurf in diesem Sinne abzuändern.

2) Aus energiepolitischer Sicht

Der energiepolitisch entscheidende Kernpunkt des Entwurfes ist die Vorschrift für die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, ihre Anlagen so zu betreiben, daß die eingesetzte Rohenergie bestmöglich verwertet wird. Dieser Forderung kann grundsätzlich zugestimmt werden, es stellt sich aber die Frage nach dem Inhalt des Begriffes "bestmögliche Verwertung". Nach Auffassung der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern ist es notwendig, diesen Begriff derart zu definieren, daß ein Mindestwirkungsgrad festgesetzt wird oder für neue Wärmekraftwerke ausdrücklich Kraft-Wärme-Kupplungen vorgeschrieben werden. Die in 11a Abs.4 vorgesehene Kann-Bestimmung bezüglich Festsetzung von Grenzwerten für den energetischen Wirkungsgrad der Stromerzeugungsanlagen durch Verordnung auf der Grundlage von Ausführungsgesetzen zum Elektrizitätswirtschaftsgesetz erscheint jedenfalls nicht ausreichend.

Nach Auffassung der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern sollte der Entwurf Maßnahmen zur wirtschaftlichen Absicherung des Betriebes von Kleinkraftwerken enthalten. Da die Einlieferungsbedingungen für Kleinkraftwerksbetreiber in verschiedenen Bundesländern nach wie vor völlig unzureichend sind, erschiene ein Kontraktionszwang für Stromtransport über öffentliche Netze zweck-

Die Kommission hat in der ersten Phase der Untersuchung festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der zweiten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten.

In der dritten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der vierten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der fünften Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der sechsten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der siebten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der achten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der neunten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der zehnten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten.

In der elften Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der zwölften Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der dreizehnten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der vierzehnten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten. In der fünfzehnten Phase der Untersuchung hat die Kommission festgestellt, dass die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einfuhr von Waren nicht in ausreichendem Maße umsetzen konnten.

- 4 -

mäßig. Dadurch könnte erreicht werden, daß ein Kleinkraftwerksbetreiber unter mehreren möglichen Käufern wählen könnte.

II. Zu einzelnen Bestimmungen

Zu § 6:

Zu Abs.2 wird folgende neue Formulierung vorgeschlagen:

"Wenn ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen einem Abnehmer, der nicht zu den allgemeinen Tarifpreisen und allgemeinen Bedingungen versorgt wird, auf Grund seiner Abnahmeverhältnisse bestimmte Preise und Bedingungen einräumt, darf es für andere Abnehmer bei im wesentlichen gleichartigen Abnahmeverhältnissen den Anschluß und die Versorgung zu diesen Preisen und Bedingungen nicht ablehnen."

Im Gegensatz zur derzeitigen Textierung hat die vorgeschlagene Formulierung den Vorteil, daß sie die Gleichbehandlung von verschiedenen Abnehmern gewährleistet und Begünstigungen und Benachteiligungen einzelner Abnehmer hintanhält.

Zu § 8:

Hier wird vorgeschlagen, den letzten Halbsatz des 1. Absatzes "soweit nicht triftige energiewirtschaftliche Gründe oder vertragliche Verpflichtungen dem entgegenstehen" ersatzlos zu streichen. Zur Begründung wird angeführt, daß zwangsläufig anfallende elektrische Energie aus volkswirtschaftlichen Gründen jedenfalls übernommen werden müßte und daß dieser Übernahme keine energiewirtschaftlichen Gründe entgegenstehen können.

Zu § 11a:

In Abs.1 Z.1 lit.a ist unklar, welches "öffentliche Inter-

- 5 -

esse" gemeint ist, da im Zusammenhang mit dem Bau und Betrieb von Kraftwerken ja bekanntlich verschiedenartige öffentliche Interessen berührt sein können (insbesondere jene des Umweltschutzes und der Sicherung der Energieversorgung). Außerdem sollten kleinere Kraftwerke, die in Zukunft mit Bioenergie betrieben werden könnten, durch Einfügung einer Leistungsgrenze von den oben genannten Bestimmungen ausgenommen werden.

In Abs.2 ist zu begrüßen, daß nunmehr auch im Elektrizitätswirtschaftsgesetz die Vermeidung von Emissionen nach dem "Stand der Technik" verankert werden soll. Es erscheint allerdings rechtspolitisch verfehlt und der Rechtssicherheit abträglich, nunmehr innerhalb weniger Jahre in einem dritten Bundesgesetz eine dritte, unterschiedliche Definition des Begriffes "Stand der Technik" festzulegen. Soweit in den Erläuterungen die Definition des § 2 Abs.2 BKZG, BGBl.559/1980, praktisch als umweltpolitisch überholt dargestellt wird ("..... Funktionstüchtigkeit im Dauerbetrieb erwiesen ist."), schließt sich die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern der Argumentation des do.Bundesministeriums an. Die Übernahme der Definition des § 3 Abs.6 des deutschen Bundes-Immissionsschutzgesetzes, BGBl.I S 721/1974, wird allerdings nicht gutgeheißen. Beantragt wird, im vorliegenden Entwurf die Definition für "Stand der Technik" des § 71a Abs.2 GewO.1973, i.d.F.BGBl.619/1981, zu übernehmen. Diese Definition wurde in dem zur Zeit jüngsten Umweltschutzgesetz auf Bundesebene, dem Umweltfondsgesetz, BGBl.567/1983, in Art.II (Einführung eines neuen § 79a der GewO.1973) erneut verankert.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die auch in der einschlägigen deutschen Fachliteratur als längst überholt bezeichnete Definition des deutschen Bundes-Immissionsschutzgesetzes aus dem Jahre 1974 mit ihrem letzten Halbsatz einen umweltpolitischen Rückschritt gegenüber

7 -

Die Kommission hat in der Vergangenheit eine Reihe von Initiativen ergriffen, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen. Die Kommission hat auch eine Reihe von Konferenzen und Workshops organisiert, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen.

Die Kommission hat in der Vergangenheit eine Reihe von Initiativen ergriffen, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen. Die Kommission hat auch eine Reihe von Konferenzen und Workshops organisiert, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen.

Die Kommission hat in der Vergangenheit eine Reihe von Initiativen ergriffen, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen. Die Kommission hat auch eine Reihe von Konferenzen und Workshops organisiert, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen.

Die Kommission hat in der Vergangenheit eine Reihe von Initiativen ergriffen, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen. Die Kommission hat auch eine Reihe von Konferenzen und Workshops organisiert, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen.

Die Kommission hat in der Vergangenheit eine Reihe von Initiativen ergriffen, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen. Die Kommission hat auch eine Reihe von Konferenzen und Workshops organisiert, um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern. Diese Initiativen haben sich auf verschiedene Bereiche konzentriert, darunter die Verbesserung der Informationsaustausch, die Harmonisierung der Verfahren und die Förderung der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen.

- 6 -

der 1981 in der GewO. verankerten Definition darstellt und inhaltlich de facto der Definition des DKEG weitgehend entspricht. Dieser Sachverhalt spricht, im Einklang mit der Tendenz der Feststellungen auf Seite 9 der Erläuterungen zum gegenständlichen Entwurf dafür, auch im Elektrizitätswirtschaftsgesetz die 1981 unter Federführung des do.Bundesministeriums in die GewO.1973 aufgenommene Definition für "Stand der Technik" zu verankern.

Zu § 11c:

Diese Regelung ist weitgehend dem § 79a Abs.1 GewO.1973 nachgebildet. Während sich aber die Bedachtnahme auf die "wirtschaftliche Zumutbarkeit" in dieser Bestimmung darauf gründet, daß im wirtschaftlichen Wettbewerb stehende Unternehmen bei einer relativ kurzfristigen Verschärfung der örtlichen Auflagen dieser Berücksichtigung bedürfen, ist dies im Falle der Elektrizitätserzeugungsanlagen, deren Absatz keineswegs dem freien Wettbewerb ausgesetzt ist, nicht der Fall. Bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen reduziert sich die Frage der "wirtschaftlichen Zumutbarkeit" auf die Berücksichtigung erhöhter Kosten für die Stromerzeugung bei der Tariffestsetzung durch das do.Bundesministerium.

Es wird daher beantragt, den zweiten Satz dieses Paragraphen ersatzlos zu streichen.

- - - - -

Das Präsidium des Nationalrates wird von dieser Stellungnahme durch Übersendung von 25 Abzügen in Kenntnis gesetzt.

Der Präsident:
gez. Ing. Derfler

Der Generalsekretär:
gez. Dr. Korbl

